

**Verkaufspreis**  
 nachmittags 4 Uhr mit  
 Aufnahme der Lage nach Sonn-  
 und Feiertagen.  
**Abonnementpreis**  
 monatl. 30 Pf., vierteljährl. 1.00 Mk.  
 halbjährlich bei freier Zustellung.  
 Durch die Post bezogen 1.65 Mk.  
 Verlagsdruckerei 6256a, Posttrag VII.

# Volkshblatt

**Insertionsgebühren**  
 beträgt für die 4 gespaltene  
 Zeilen oder deren Raum 15 Pf.;  
 für Vereins- und Sammlungs-  
 anzeigen 10 Pf.  
 Inserate für die fällige Nummer  
 müssen spätestens bis vormittags  
 10 Uhr in der Expedition aufge-  
 geben sein.

**für-Halle und den Saalkreis.**  
**Organ zur Wahrung der Interessen der werththätigen Bevölkerung.**

Redaktion und Expedition: Geißstraße 24, 2. Hof II.  
 Telegramm-Adresse: Volkshblatt, Halle-Saalk.

Nr 61.

Halle a. S., Freitag den 13. März 1891.

2. Jahrg.

## Zur Geschichte eines Arbeiterblattes.

Am 28. Januar 1891 hat das erste und bedeutendste Arbeiterblatt der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die „New-Yorker Volkszeitung“, das dreizehnte Jahr seines Bestehens zurückgelegt. Es ist auch für die Arbeiterparteien anderer Länder lehrreich, zu sehen, wie dieses Blatt sich entwickelt hat. Seine Entwicklung ist ein schlagender Beweis für die Fruchtbarkeit freierthätiger Ideen und die Erfolge einer opferwilligen und ausdauernden Hingabe der Arbeiter für ihre Sache.

Das Jahr 1873 mit seinem ungeheuren „Kraich“ brachte eine mächtige Umgestaltung der sozialen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten. Der schöne Aberglaube, wonach in dem „freien“ Lande der Arbeiter unter allen Umständen „seines Lohnes wert“ sei und bleiben werde, fing an, selbst aus den Reihen der konservativen Arbeiter zu verschwinden und die Ueberzeugung, daß nur eine Aenderung der sozialpolitischen Verhältnisse eine dauernde Besserung bewirken könne, brach sich immer mehr Bahn.

Aber es fehlte den Arbeitern an Mitteln und Wegen, die dem Gedanken gehörenden Ausdruck zu geben und ihn in die großen Massen des Volkes zu tragen. Es fehlte an einer einflussreichen Arbeiterpresse. In verschiedenen Staaten wurden eine Reihe von Arbeiterblättern gegründet, aber meistens nur kleinere Organe, die mehr in den beschränkten Kreisen der organisierten Arbeiter ihr Leben fristeten, nicht aber ins Volk selber eindringen. Aber mit jedem Tage fühlte man das Bedürfnis mehr und so kam die Arbeiterpartei von New-York und Brooklyn zum definitiven Beschluß, am 28. Januar 1878 die erste Nummer der „New-Yorker Volkszeitung“ erscheinen zu lassen.

Leicht ist es, einen solchen Beschluß zu fassen, aber es ist ein ungeheuer schweres Unternehmen, eine Arbeiterzeitung, zumal in diesem Anfange, zu gründen und zu erhalten. „Der Weg vom Beginn der Arbeiterbewegung bis zur Gründung der „New-Yorker Volkszeitung“ ist gepflastert mit den Grabsteinen untergegangener Arbeiterzeitungen“, jagte einer der Haupttreiber am Gründungsfest und in New-York war es doppelt schwer, ein solches Werk durchzuführen; die sogenannte demokratische, in Wirklichkeit aber nur kapitalistische „New-Yorker Staatszeitung“ mit ihren kolossalen Mitteln beherrschte das deutsche Zeitungs-lesepublikum New-Yorks so vollständig und hatte das tatsächliche Anzeigenmonopol dermaßen, daß bis dahin

alle, auch tüchtig geschriebene Konkurrenzblätter bald nach ihrer Geburt zu grunde gingen.

Daß nun trotz dieser ungeheuren Hindernisse ein so großes Arbeiterblatt, wie die „N.-Y. Volkszeitung“ von der mittellosen Arbeiterklasse gegründet und in so kurzer Zeit zur Blüte gebracht werden konnte, verdankt man dem Zusammenwirken zweier Faktoren: der umsichtigen Injenerierung und Leitung von seiten der Führer und der heroischen Opferwilligkeit und Energie der Arbeiter selber.

Die Finanzverhältnisse der Arbeiter standen so schlimm, daß es nicht möglich war, die Unterhaltung des Blattes auch nur einen Monat lang aus den vorhandenen Mitteln zu betreiben. Deshalb mußten die Herstellungskosten auf das denkbar niedrigste Maß heruntergedrückt werden. Die Seher ließen 20, 25, ja 33 Prozent ihrer Forderungen als Guthaben stehen, die Redakteure und Bureaubeamten erhielten — was gerade „da war“, und das war verzweifelt wenig. „Arme Arbeiter holten ihre paar ersparten Dollars von der Bank und liehen sie der „Volkszeitung“ oder vorausgaben sie in den zu gunsten des Zeitungunternehmens veranstalteten Festen und Konzerten. Die „N.-Y. Volkszeitung“ ist in die glückliche Lage gekommen, jeden Cent dieser Schuld wieder tilgen zu können. Mit 1100 Dollars Kapital — für amerikanische Verhältnisse eine ganz geringfügige Summe — hat die „Volkszeitung“ angefangen und durch die oben beschriebene Oekonomie ihr anfängliches Defizit auf 200 bis 300 Dollars wöchentlich heruntergedrückt. Es hätte anders kommen können! Aber das unerschütterliche Vertrauen der Arbeiter auf die Zukunft ihrer guten Sache hat sie freudig und furchtlos den letzten Cent auf den gemeinsamen Altar legen lassen und dieses heroische Opfer war segensreich.

Aber auch die größten Geldopfer der Arbeiter wären fruchtlos geblieben, hätten sie nicht mehr für ihr Organ gegeben als ihre Ersparnisse, ihr Geld und nicht auch ihre Arbeitskraft. Und diese haben sie in erster Linie eingelegt zur Lösung der großen, schweren Frage: Wie sollen die notwendigen Abonnenten herbeigezogen werden? Allein aus der Section der sozialistischen Arbeiterpartei in New-York meldeten sich 278 Freiwillige, die 4 bis 6 Wochen lang ihre Abende der großen Sache unentgeltlich zur Verfügung stellten. Jeder dieser Freiwilligen erhielt 6 bis 10 meist von Deutschen bewohnte Häuser zugeteilt, die er abends nach Feierabend, angehen mit seinem Sonntagsstaat, besuchte und durch Austeilen von Handbilletts den da wohnenden Deutschen das bevorstehende Erscheinen der

„Volkszeitung“ ankündigte und später mit der Subskriptionsliste in der Hand Abonementen für dieselbe aufnahm. Wöchentlich einmal fand eine Versammlung der „Freiwilligen“ statt. „Da war kein Streiten und kein Toben und keiner eifern Rede Brunn!“ die Nummern wurden dann aufgerufen, die Betreffenden traten einfach vor, gaben die Adressen der gewonnenen Subskribenten an, diese wurden niedergeschrieben und dann sofort in die verschiedenen Zeitungsräumen, welche entworfen waren, eingereiht. In Brooklyn wurde in ähnlicher Weise verfahren. Daß außerdem in den Gewerkschaften und Vereinen gearbeitet wurde, versteht sich von selbst. Endlich war die Zahl von 4000 Subskribenten erreicht und nun wurde in einer großen Versammlung der Sozialisten auf Antrag Sonas' der einstimmige Beschluß gefaßt, die erste Nummer der „New-Yorker Volksztg.“ am 28. Januar 1878 erscheinen zu lassen.

In ähnlicher Weise haben sich die Arbeiter als Zeitungsträger zur Verfügung gestellt. Die „Staatszeitung“ verbot nämlich jedem ihrer zahlreichen Aussträger, unter Androhung sofortiger Entlassung, die Beförderung irgend einer Nummer der „Volkszeitung“. Es war aber für einen Nummerträger sehr riskant, die Anstellung zu verlieren und in den Dienst eines neuen Blattes zu treten, dessen Existenzdauer mindestens eine sehr zweifelhafte war. So hat man denn aus der Arbeiterpartei wieder eine Organisation zur Beförderung der Zeitung geschaffen und haben sich die Arbeiter mit Freuden für geringen Lohn der mühsamen Arbeit unterzogen, bis die „Staatszeitung“ das Vergeßliche ihres Geharens einsah.

Das sind einige Momente aus der Gründung eines Arbeiterblattes, das im Laufe von 10 Jahren zu einer wirklichen Machtstellung nicht nur in New-York allein gelangt ist, sondern in der gesamten Arbeiterbewegung eine große Bedeutung hat, das trotz der unablässigen Verfolgung des Kapitalismus unerschütterlich festgestanden hat auf seinen Prinzipien, den Arbeitern ein treuer Freund und Berater und eine scharfe Waffe in ihrem Emanzipationskampf gewesen ist und sich auch ökonomisch eine gesicherte Grundlage geschaffen hat. Mit 1100 Dollars Gründungskapital und einem wöchentlichen Defizit von wenigstens 200—300 Dollars hat es dieses Organ in 13 Jahren zu einer Auflage gebracht, wie sie in mancher deutschen Großstadt keines, weder das reichste, noch das älteste kapitalistische Organ hat. Die „New-Yorker Volkszeitung“ erscheint in Riesenformat und in einer Auflage von 25 000 Exemplaren

## 19) Sand und Ring.

Roman von Anna Katharina Green.

[Nachdruck verboten.]

„Ich glaube, Sie irren sich und möchte darauf schwören, daß es Mr. Gouverneur Hildreth sei,“ entgegnete der Lymphatische.

Das eben erst so flammend rote Gesicht des Fremden wurde totenbleich, und er erwiderte beinahe stolz: „Woher wissen Sie das? Ich kann mich nicht erinnern, Ihnen jemals vorgestellt worden zu sein.“

„Nein, allein,“ entgegnete der Detektiv, ein Taschentuch aus seiner Tasche ziehend und es dem Fremden höflich überreichend, „ich habe Ihr Monogramm auf Ihrem Taschentuche gesehen, und es trifft sich, daß es . . .“

„Genug, ich sehe, daß ich ein Opfer der Spionage bin,“ unterbrach ihn der Fremde. Und hochfahrend einen Schritt näher zum Kronanwalt tretend, fuhr er fort: „Ich bin Gouverneur Hildreth und komme aus Toledo; was haben Sie mir zu sagen?“

### 9. Kapitel.

#### Schlussfolgerungen.

Es bedurfte geraumer Zeit, ehe sich die durch dieses Intermezzo hervorgerufene Erregung legte. Endlich stellte der Kronanwalt einige auf seine Antecedenzen bezügliche Fragen an Mr. Hildreth, dessen Antworten mit den Aussagen der Witz Firman vollkommen über-

estimmten. Sodann folgte eine dringende Erkundigung, weshalb er Toledo verlassen und nach dem Osten gereist sei, worauf der junge Mann erwiderte, es sei einzig geschehen, um Mrs. Clemmens zu sehen. Auf die weitere Frage, weshalb er die Witwe zu sehen gewünscht, erfolgte die mit sichtbarer Beschämung erteilte Auskunft: ausschließlich nur, um sich zu überzeugen, ob sie wirklich so gesund und lebenskräftig sei, als es heiße; seine Geldverlegenheiten seien so dringende gewesen, daß er nicht umhin gekonnt habe, Ausichten in Betracht zu ziehen, die er unter minder dringenden Umständen nie und nimmer freiwillig ins Auge gefaßt haben würde.

„Und haben Sie Mrs. Clemmens gesehen?“ fragte der Kronanwalt.

„Ja, Sir.“

„Und wann dies?“

„Am Dienstag gegen Mittag.“ Diese Auskunft wurde in beinahe herausforderndem Tone gegeben. Es wurde ringsum totenfille.

Dr. Treboell fuhr fort: „Sie geben also zu, daß Sie am Morgen des Mordtages in der Witwe Haus gewesen und mit ihr gesprochen haben, wenige Minuten nur, ehe der verhängnisvolle Schlag geführt worden?“

„Ja, Sir,“ lautete die trockne Erwiderung.

Der Kronanwalt lehnte sich in seinem Stuhle etwas vor, um ernst zu fragen: „Näherten Sie sich dem Hause der Witwe auf der Straße und traten Sie durch das Gitterpförtchen?“

„Ja, ich nahm diesen Weg.“

„Und haben Sie niemand vor den Häusern oder an den Fenstern derselben erblickt?“

„Nein, Sir.“

„Worin bestand das Resultat Ihrer Unterredung mit Mrs. Clemmens?“

„Ich sagte ihr, ich habe gehört, daß sie leidend sei und wäre gekommen, um mich zu überzeugen, ob sie einen Arzt zu Rate gezogen habe.“

„Was erwiderte Frau Clemmens?“

„Die Witwe sagte, daß sie alle Arzneien verabscheue und niemals welche gebrauche. Ich erwiderte, daß sie daran Unrecht thue, und fragte, ob sie denn über gar kein Leiden zu klagen habe? Sie entgegnete, daß sie kein Leiden habe, und wies mir die Thür. Ich erinnere mich nicht, daß sonst noch etwas zwischen uns stattgefunden hätte,“ endete Hildreth mit sich senkender Stimme seine Beantwortung. Aus einem leichten Hitzern seiner Lippen schloß Wurd, daß er die nächste Frage säh.

Der Kronanwalt jedoch zog es vor, sich auf Umwegen seinem Zielpunkte zu nähern, und fragte: „In welchem Zimmer fand die Unterredung statt und durch welche Thür kamen Sie und entfernten Sie sich?“

„Ich kam durch die vordere Thür, und wir standen in diesem Zimmer,“ sagte Hildreth, auf die Wohnstube deutend.

„Sie standen und ließen sich nicht nieder?“

„Nein, Sir.“

(Fortsetzung folgt.)

So macht man eine Arbeiterzeitung. Was hat die „New-Yorker Volkszeitung“ groß gemacht? Der vereinte heldenmütige Opferwille der Arbeiter und ihrer Führer. Was hat sie zu diesem Opferwillen gebracht? Die feste Überzeugung von der Wahrheit ihrer Prinzipien, das unergründliche Vertrauen auf die Zukunft ihrer Sache und der energische Wille, für die Erreichung ihrer Ziele auch die nötigen Mittel zu ergreifen, mit Aufopferung ihrer selbst und allem, was sie hätten.

So und nur so kommt die Arbeiterfrage vorwärts. Wer glaubt, anderswo mache man solche Dinge wie „pomabiger“, es genügt einige politische Reden und der Name in der Liste eines Vereins, um der Arbeiterfrage zum Siege zu verhelfen, der täuscht sich gewaltig.

Opfer nur schaffen große Werte, und um zu Opfern fähig zu sein, braucht keiner reich zu sein an Geld, aber reich an selbstgeübter, selbstbewusster Ueberzeugung und reich an energischer Thatkraft, mit Werten das zu wollen, was man in seinem Kopfe denkt und mit seinen Worten sagt — und von diesen Werken ist eines der ersten und kräftigsten die positive Unterstützung der Arbeiterpresse.

So wirken die amerikanischen Arbeiter für ihre Zeitungen. Gehet hin und thuet desgleichen, ihr deutschen Arbeiter!

### **Politische Ueberfahrt.**

— Für die Arbeiterschuttsverbände und die Reichstages, welche demnach wieder beginnen sollen, ist der soeben erschienene „Jahresbericht der großherzoglich badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1889“ von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Wir schließen uns ganz der Ansicht der „Frankf. Ztg.“ an, daß, wenn die Mitteilungen dieses Berichtes über die Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Personen, über Kantenwesen und legale Arbeitervertretungen im Reichstage zu beachten werden, wie sie es verdienen, es doppelt leicht sein wird, den offenen und versteckten Widerstand zu besiegen, der dem Arbeiterschutts noch immer durch Stumm und Genossen geleistet wird. An die traurige Beobachtung, daß die Zahl der jugendlichen Arbeiter in Baden nie so groß war als im Vorjahre — rund 14000 gegen rund 7000 im Jahre 1881! — knüpft die badische Fabrikinspektion die Bemerkung, „daß die Beseitigung der Kinderarbeit durch die Gewerbenovelle, da in Baden die Schulpflicht bis zum 14. Jahre dauere, „nur begünstigt werden könne“; derselben werde „auch seitens der Fabrikanten keine Thräne nachgeweint werden.“ Die Novelle könnte also das Verbot der Kinderarbeit mit Rücksicht auf diejenigen Bundesstaaten, deren Schulpflicht nur bis zum 13. Jahre dauere, rechtig gut allgemein bis zum 14. Jahre ausdehnen. Die ärztlichen Beobachtungen über körperliche Mißbildungen bei jugendlichen Arbeitern von 14—16 Jahren, die S. 17 des Berichtes mitgeteilt sind und die direkt auf die Fabrikarbeit als Ursache hinweisen, sprechen unseres Erachtens von neuem so laut als möglich dafür, daß man die Arbeitszeit dieser Arbeiter-Kategorie statt nur auf 10, auf 8 oder 6 Stunden verkürzt, sowie daß man den gesetzlichen Schutz mindestens bis zum 18. Jahre ausdehnt. Für die Durchführbarkeit eines 10 stündigen Maximalarbeitstages bringt das Referat ebenfalls mannigfache Belege; die verschiedensten Industrien sind nämlich im Berichtsjahre mit freiwilligen Kürzungen der Arbeitszeit ohne Lohnausfall für die Arbeiter vorgegangen. Ferner weist die badische Fabrikinspektion nach, daß eine Ergänzung des Trudparagrafen durch eine Bestimmung, welche nicht nur die Kreditierung, sondern auch die Abgabe gegen Bar von Lebensmitteln zu einem die Anschaffungskosten übersteigenden Preise unter Strafe stellt, unbedingt nötig ist. Dieser Wink wird hoffentlich noch für die dritte Lesung der Gewerbenovelle beherzigt. Ueberhaupt befähigen die Erhebungen der badischen Fabrikinspektion im wesentlichen die bekannnten Schilderungen Webers von dem Kantenwesen in Fabriken. Die Entrüstung „gutgesinnter“ Blätter, die seinerzeit Webers Anlagen als „wüste Hekereien“ bezeichneten, ist also wieder einmal, wie schon so oft, ganz am unrechten Platz gewesen. Der badische Bericht weiß eben sehr wohl zwischen kontrollierten und unkontrollierten Behauptungen zu unterscheiden und legt es sogar bezüglich anderer Dinge der Arbeiterpresse an mehreren Stellen ziemlich nahe, für ihre größere Glaubwürdigkeit durch bessere Vorprüfung einzelner Mitteilungen zu sorgen. Auf diejenigen Teile des Berichtes, welche gesetzliche Arbeitervertretungen und ähnliches betreffen, wird gelegentlich zurückzukommen sein. Einshweilen sollten die Freunde des Arbeiterschutzes im Reichstage bemerkt sein, sich für die demnach wieder aufzunehmenden Verhandlungen mit dem unmittelbar verwertbaren Materiale gründlich vertraut zu machen, das der treffliche Bericht über Kinderarbeit, jugendliche Arbeiter, Maximalarbeitszeit, Frauenarbeit und Trudparagrafen in reichem Maße bietet.

— Eine Versammlung der Arbeitslosen in Chemnitz hatte an die städtische Behörde das Ersuchen gerichtet, „baldmöglichst für lohnende Arbeitsgelegenheit Sorge zu tragen.“ Hieraus hat

diese Behörde dem Beauftragten der Arbeiter schriftlich geantwortet: man trage Bedenken, sich mit dem Beauftragten und seinen Genossen in eine Erörterung über Arbeitsmangel einzulassen. Es sei der Behörde nicht bekannt, wie viele von Teilnehmern der Arbeitslosenversammlung ohne ihre Schuld arbeitslos seien. Man könne eine Kollektivversammlung nicht für ein Organ halten, von dessen Beratungen ein Nutzen für die Beschäftigung der Arbeiter zu erhoffen wäre. Die Behörde sei an Gesetze gebunden und könne nicht Maßregeln treffen, zu denen sie gesetzlich unbefugt sei. Man sei den Arbeitern so wohl genant, wie jedem anderen Einwohner, aber man könne sich nicht einschließen, öffentliche Angelegenheiten in einer Weise zu behandeln, die nach behördlichem Erachten dem Interesse der Arbeiter wie der Gemeinde nicht förderlich, sondern schädlich sei. — Gleichfalls hatten sich die Arbeitslosen an die Amtshauptmannschaft um Beschäftigung gewandt. Diese scheint aber nicht der Meinung zu sein, daß eine Kollektivversammlung nicht das geeignete Organ ist, denn sie hat sofort die Gemeindevorstände d. ihres Bezirkes angewiesen, ungekündet alle notwendigen öffentlichen Arbeiten ausführen zu lassen und mit ihnen besonders arbeitslose Gemeindeglieder zu betrauen.

— Was den Friedrichshagen verhafteten falschen Pablewski — den Russen Frista — betrifft, so schreibt der „Volksztg.“ ein Leser, daß er gestern abend über zwei Stunden mit demselben zusammen gewesen sei. Hiernach wäre Frista also keineswegs „verschollen“.

— Die „Freif. Ztg.“ ergänzt jene auch von uns gebrachte Notiz aus Darmstadt, betr. die Ausfertigung stenographischer Berichte über sozialdemokratische Versammlungen, dahin, daß nicht nur Versammlungen, sondern auch Aufzüge, Begräbnisse u. i. w. polizeilich zu beaufsichtigen sind. Die Auslösung derartiger Anstellungen hat zu erfolgen, sobald Anträge und Vorschläge erörtert werden, die Aufforderungen zu strafbaren Handlungen u. i. w. enthalten, oder wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet erscheint. Die Stellen aus Neben, die Anlaß zum polizeilichen Einschreiten geben, sind schriftlich aufzuzeichnen. Daß die hier mitgeteilten Verhaltensmaßregeln mit den schon vor längerer Zeit den Polizeiamtären und Bürgermeistern zugekommenen und als „sektet zu behandelnden“ identisch zu sein scheinen, sei nebenbei bemerkt.

— Wenn Zwei sich streiten, kommt die Wahrheit an den Tag. Eine Jeremiade der Bergwerksbesitzer und Eisenindustriellen, vielmehr ein Entrüstungsausdruck findet sich in den „Berliner Politischen Nachrichten“. Es heißt daleselbst:

„Die Regierung hat im ganzen 150000 Tonnen englische Kohlen gekauft! Die schlesischen Provinzialblätter dagegen bringen täglich die bittersten Klagen der ober-schlesischen Kohlenbesitzer über empfindlichen Kohlenmangel, der eine normale Förderung der Gruben verhindert und die Grubenbesitzer sowie die Arbeiter schwer kränkt. Die Staatsbahnverwaltung lauft zu höheren Preisen fremde Kohlen, während zugleich infolge des Wagenmangels die heimischen Gruben an der Ausnutzung ihres Gewerbes behindert sind. Die sehr wackeligen Preise, welche die schlesischen Montanindustriellen für Kohle und Eisen sowie Schienen stellen, werden zu teuer befunden. Die Verbände, welche die Industriellen geschlossen, um große Preishemmungen hintanzujubeln und dem Geschäft eine größere Stetigkeit zu geben, werden als unmoralische und böserartige Dinge bekämpft und angefeindet, während der Staat in seiner Engherzigkeit zuerst die Weg für derartige Verbindungen gewiesen und in gesteckten Grenzen auch anderen industriellen Interessentverbänden begünstigt ist. Wenn der Industrie große Laster auferlegt und zugleich ihre Gewinnbedingungen erweitert werden, so wird der Wohlstand des Landes untergraben, der Akt abgelegt, auf dem man sitzt.“

Bekannt ist, daß die Regierung Kohlen aufkaufen ließ, um einen eventuellen Kohlenarbeiterstreik unwirksam zu machen. Wie man sieht, kommt es ihr nicht darauf an, höhere Preise zu zahlen. Anders ist es, wenn sie höhere Löhne zahlen soll. Das muß den Arbeitern zu denken geben. Der Hammer und die Gewinnchwälzer der Industrie bedarf keines Kommentars. Die Hauptsache dieses Entrüstungsdreies — die allerdings zwischen den Heilen zu lesen ist — besteht darin, daß der Regierung ins Gewissen geredet wird, sie handle einseitig und solle lieber mit den Entrüstetern gemeinsam handeln in Sachen des Profits.

### **Reichstag.**

86. Sitzung vom 11. März, 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen nur Petitionen. Die Vereine zur Wahrung der Interessen des Viehhandels zu Dresden, Berlin, Magdeburg, Köln und Leipzig wünschen eine Aenderung der dormaligen Frachtabrechnung für die Beförderung lebenden Viehes auf den Eisenbahnen und beantragen, daß allgemein für lebendes Vieh die Fracht nur nach Maßgabe des wirklich benutzten Bodenraumes berechnet wird. Die Petitions-Kommission beantragt Ueberweisung der Petition an den Reichstanzler zur Erwägung.

Abg. Klemm (kon.) empfiehlt die Annahme des Kommissionsantrages, das Haus beschließt demgemäß. Die Aktiengesellschaft für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie „Union“ zu Dortmund wiederholt ihre Petition vom 7. Dezember 1888 um Wählung von gesetzlich erhobenen Reueingezoll im Betrage von rund 1400000. Das Haus hatte diese Petition am 24. Januar vor. J. dem Reichstanzler zur Erwägung überwiesen, in dessen obem Erfolg, und die Kommission beantragt nunmehr die Ueberweisung der Petition an den Reichstanzler zur Berücksichtigung.

Nach einiger Diskussion, in welcher die Abgg. Köllner (nat.-lib.), Gulzig (kon.), Dr. Gammacher (nat.-lib.) den

Kommissionsantrag rechtfertigen und letzterer namentlich die Erhebung des Kompetenz-Konfliktes durch den Provinzial-Steuerschatzmeister dieser Angelegenheit als unzulässig bezeichnet, erhebt Staatssekretär v. Boetticher, daß in Holland im Bereiche der Rechtswege überhaupt unzulässig ist, die Entscheidung über Kompetenz-Konflikte nach Lage der Sache gebunden an Kommissionsentscheidungen zu ergreifen. Das Haus beschließt nach dem Antrage der Kommission.

Der „Allgemeine Deutsche Frauenverein“ in Leipzig und der „Deutsche Frauenverein Reform“ in Weimar bitten um Zulassung des weiblichen Geschlechts zum medizinischen Studium und Beruf.

Die Petitions-Kommission beantragt, weil die Frage der Vorbildung der Frauen für den ärztlichen Beruf zur Kompetenz der Einzelstaaten gehöre, den Uebertrag zur Tagesordnung über die Petition.

Die Abgg. Richter (freil.) und Weber (soz.-dem.) beantragen Ueberweisung der Petition an den Reichstanzler zur Berücksichtigung.

Abg. Schröter (freil.) tritt für Berücksichtigung der Petition ein; er könne weder zugeben, daß das Reich in dieser Frage nicht kompetent sei, noch könne er die Berechtigung der gegen die Petitionen selbst getend gemachten Gründe anerkennen. Nach den Vorschriften der Gewerbeordnung siehe der Zulassung weiblicher Personen zur Ausbildung der ärztlichen Praxis ein Hindernis nicht entgegen und der Einwand, daß dieselben kein humanitäres Studium besüßten hätten, sei nicht durchschlagend, da die Zulassung zum Studium allgemein nur davon abhängig ist, daß man die Reife besitze, die durch Erlöschung der Schulschulden erlangt werden kann. Es komme also lediglich auf die Kenntnisse an. Zum Besitze der Universität könne der Bundesrat die Frauen berechtigen und die bisherige Art der Ausbildung des ärztlichen Berufes durch die Frauen lasse eine weitere Ausdehnung wünschenswert erscheinen. Er sehe also keinen Grund, welcher den Wünschen der Petitionen widersprechen sollte und empfehle er deshalb die Ueberweisung beider Petitionen an den Reichstanzler zur Berücksichtigung.

Abg. Dr. Garmening (freil.) beantragt Ueberweisung der Petition an den Reichstanzler zur Erwägung, um dadurch dem Bundesrat Veranlassung zu geben, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Die Professoren der Universität Jena hätten sich unbedingt für die Zulassung der Frauen nicht wenigstens im Falle der Reife ausgesprochen. Was die Kompetenzfrage anlangt, so sei das Reich für alles kompetent, wozu es kompetent sein wolle. Man dürfe sich nicht davon abhalten lassen, zu erwägen, in welcher Weise sich die Hindernisse beseitigen lassen, die dem Streben der Frauen gegenwärtig noch entgegen stehen.

Abg. Dr. Richter (Centr.) widerspricht beiden Anträgen, weil ihm die Kompetenz des Reichstages nicht so klar, wie der Vorredner dies dargestellt habe. Wolle man den Frauen den Zutritt zum Studium ermöglichen, so müsse man sie folgerichtiger auch zu den Gymnasien zulassen. Die Folgen eines solchen Schrittes wolle er nicht weiter schildern, aber damit würde man sich doch auf ein Gebiet begeben, welches der Kompetenz des Reichstages entgegenstehe. Man könne nicht und nimmer auf rechtsgebildeten Wege gerettet werden. Es gebe eine Menge hochgebildeter Frauen, denen die Ausbildung des ärztlichen Berufes keine Schwierigkeiten bereiten würde, aber diese könne man doch unmöglich als Aergernissen hinaschicken in arme Gegenden und sie dort der Not und dem Elende preisgeben. In Rußland, wo die Frauen Zutritt zu den Universitäten haben, hätten sie sich den Unlustverbreitungen angeschlossen und dadurch nicht wenig zur Ausbreitung des Nihilismus beigetragen. (Widerspruch.) Den Petitionen liege die Erhaltung des schriftlichen Berichtes schon viel zu viel Über angehen und empfehle er die Annahme des Kommissionsantrages.

Abg. Gulzig (kon.) fragt den Vorredner, warum er kompetenzbedenken nicht gehabt habe, als es sich um Revision der Gewerbeordnung handelte. Aber diesel Bedenken werden nur vorgebracht, weil man die Sache überhaupt nicht mag, weil sie der Mehrheit des Reichstages unpopulär ist. Es handle sich hier um eine schwerwiegende soziale Frage, um Befriedigung des Strebens wider Kräfte von Frauen nach Selbständigkeit. Diese Frage sei gerade eine Frage gebildeter Kräfte, und sie werde von Jahr zu Jahr dringender. Wie könne man bei dieser Frage Konkurrenzbedingungen als Gegengrund anführen? Das Kennzeichen der heutigen Zeit sei ja die Konkurrenz, welche sich auf jedem Gebiete zeige. Die Konkurrenz der weiblichen Personen werde höchstens den guten Erfolg erlangen, daß die männlichen Studenten fauliger werden. Wie könne man seiner Ansicht und Stillsitzendensdenken hier anführen, angesichts der Thatfache, daß jährlich unter dem Schutze des Staates und staatlich anerkannter Religionsgesellschaften tausende von Frauen und Krankenpflegerinnen ausgebildet werden? Durch das gemeinsame Studium männlicher und weiblicher Personen werde der rote Ton der ersten gemindert werden. Das Beispiel Amerikas und der Schweiz zeige, daß das Studium der Frauen sogar wohlthätige Folgen gehabt habe. In Amerika giebt es 18000 Studentinnen und 3000 Aergtinnen. Auch in Deutschland sei es nicht Neues, daß Frauen auf der Universität studieren. In den ledigsten Anzahl Jahren studiert. Der Kultusminister, der in Breußen bis heute im Amte war, habe der berühmten fürzlich verstorbenen Professorin der Mathematik Kowalewka eine besondere Anerkennung ausgesprochen. Durch die gewaltthame Trennung der Geschlechter verhärtete man diese Frage und gefährde geradezu die Sittlichkeit. Redner bittet daher um Annahme seines Antrages.

Abg. Gulzig (kon.) bezeichnet im Namen seiner Partei die von den Kommissionsbeschlüssen abweichenden Anträge als unannehmbar. Es besähe schon jetzt eine Ueberfülle an Vorklagen, welche sich noch steigern werde, wenn man die Frauen auch in das Haus und nicht in den Kampf der Welt.

Abg. Richter (hr.) wundert sich, daß die Regierung bisher keine Veranlassung genommen habe, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, obgleich sie doch sonst eine solche Anhänglichkeit auf isopolitischen Angelegenheiten richte. Wenn wirklich kompetenzbedenken vorhanden sind, so könne ja die Prüfungsordnung für die Aergte revidiert werden, und er behalte sich einen entsprechenden Antrag vor. Abg. Gulzig habe kein Recht gehabt, für die Konversationen zu sprechen, hier handle es sich gar nicht um eine Parteifrage, und auch konservative Schriftsteller haben sich dafür ausgesprochen. Mit dem schriftlichen Bericht habe die Kommission den Frauen nicht eine Ehre angethan, sondern es sei ihre Pflicht und Schuldigkeit, denn die Frauen hätten auch das Petitionsrecht. Sie fürchten sich vor der Emanzipation der Frauen (Abg. v. Meyer-Kantowalde: Frauenparlament!) Sie können nicht mehr mit Herr v. Meyer-Kantowalde. Sie fürchten sich deshalb. (Große Heiterkeit.) Man wittert hinter allen diesen Beherrungen Emanzipationspläne. Es ist empörend, diesen die Männer nicht so



Der Hilfsbremer Franz Franz und Marie Schrimpf (Anhalterstraße 2 und Magdeburgerstraße 40). Der Buchbinder Gerhard Heine und Emma Schröder (Berlin und Halle). Der Eisenbahnarbeiter Heinrich Jarecki und Luise Schäfer (Halle und Stumsdorf). Der Arbeiter Gottlieb Franko und Ida Dörner (Dreslau). Der Schuhmacher Hermann Remnitsch und Theresie Riefland (Langensalza). Der Maler Franz Klauke und Hermine Dobergisch (Halle und Nieder-Eichstädt). Der Handarbeiter Hermann Weigert und Ida Großmann (Kroßwitz).

Johann Otto und Ida Schoof (Südstraße 1). Der Fabrikarbeiter August Kupfer und Marie Schulze (Kaiserstraße 1 und Weidenplan 1). Geboren: Dem Verkäufer Gustav Hillmann ein S., Richard Gustav Adolf (Große Ulrichstraße 5). Dem Müller Theodor Riechmann eine T., Frieda Elise Gertrud (Streitbergerstraße 26). Dem Handarbeiter Karl Traumann eine T., Anna Gille (Uplandstraße 4). Dem Formner Karl Krüsch ein S., Otto Karl (Streitbergerstraße 27). Dem Schmied Oswald Rechner eine T., Bertha Elisabeth (Marschburgerstraße 44). Dem Viehhändler Eduard Sutzsch eine T., Bertha Helene (Steinbockgasse 2). Dem Eisenbrecher Franz Hahn eine T., Anna Frieda (Zwitscherstraße 7). Dem Metallbrecher Otto Kuhner ein S., Friedrich Wilhelm (Märkerstraße 8a). Dem Maler Karl Bolemann eine T., Anna Gertrud Helene (Hermannstraße 9). Dem Maurer Max Gerig ein S., Karl Hermann Max (Bessingstraße 6). Dem Köchlein Ferdinand Hofmann ein S., Bruno Max (Große Ulrichstraße 22a). Vier uneheliche S. Geburten: Des Schmiedemeister August Droske 1. Weib, 3. J. (Dankenhäuser). Des Bergarbeiter Joseph Frater 2. Marie, 2 J. (Kittitz). Des Rodelfischer Gustav Edwary S., tobt. (Erde. 2). Ein unehel. S. Ein unehel. T. Eine unehel. tobt. T.

**Damenhüte, garniert und reizende Kinderhüte,**  
billigste, feste Preise.

**Ph. Liebenthal & Co.**  
Untere Leipzigerstrasse 103.

**Drogerie C. Kaiser, Inhaber: Chr. Jenrich, Apotheker, Schmeerstraße 24.**  
Alle Sorten Farben, Firnisse, Lacke, Leime, Pinsel.  
Arbeiter! Vorzugspreise! Arbeiter!

**Frauen- und Mädchenverein.**  
Nicht Montag den 16. März, sondern Sonntag den 15. März, abends von 7 Uhr an im Saale der Reichshallen, Wuchererstr.  
**Kränzen mit freier Nacht.**  
Genossinnen und Genossen willkommen.  
Um zahlreiche Beteiligung bitten.  
Das Komitee.  
Karten sind zu haben in den Restaurants von Streicher, Rad und Sanow, bei Frau Wittig, Abolatenstr. 9, Frau Gröthe, Jakobstr. 2, Frau Voigt, Geißstr. 10, Zingeschäft und in der Zigarrenhandlung von Alb. Sanow, gr. Schlam. 130

**Konturs-Ausverkauf.**  
Geißstraße 26/27.  
Die zu der A. Kuntzler'schen Kontursmasse gehörenden Bestände, bestehend in Wirtschaftssachen, Kurz- und Galanteriewaren  
sollen von Dienstag den 10. März cr. ab zu außergewöhnlich billigen Preisen ausverkauft werden und ist das Verkaufslotal Geißstraße 26/27 täglich von früh 8 Uhr bis abends 6 Uhr geöffnet. 126

**M. Radmann & Sohn,**  
große Ulrichstraße 38, Setthaus,  
empfehlen täglich neue Sendung  
**pa. gepöfeltes Rindfleisch**  
von prima Rastochsen, ohne Fett und Knochen 55 Pf. pro Pfd.  
mit Knochen 45 Pf. pro Pfd.

**Victoria-Theater.**  
Heute Donnerstag den 12. März sowie Freitag den 13. März  
**Die Fälle Clemenceau**  
oder  
**Die Gräfin Dobronowska u. ihre Comterzen**  
Sensationsspiel mit Gesang in 5 Akten von F. Hilpert.  
Halbe Kassenpreise.  
Num. Speerriff 50 Pf., Parquet 30 Pf. und Gallerie 20 Pf.  
Anfang 8 Uhr. Die Direction.  
Heute Freitag  
**Schlachtlest**  
bei F. Saalfeld, Steinweg 19.

**Albert Sanow**  
Zigarren- und Tabak-Handlung  
großer Schlam (Forelle).  
Die Dualität meiner Zigarren ist bekannt!  
Empfehle Nr. 48, 54 und 58 per Stück 5 Pf., Nr. 80 und 80 per Stück 6 Pf.  
**Spazierstöcke,**  
echt Weichsel mit Stereozoll (Fraktion) per Stück 1.75 Mk. 129

**Corned Beef** 60 Pf. pro Pfd.  
**Rot- und Leberwurst** 60 Pf. pro Pfd.  
prima Ochsenzunge per Dose = 2 1/2 Pf. 3 Mk.  
Sonntag von vormittags 9 Uhr an geschlossen.

**Bücklinge,**  
feinste dänische Fettbücklinge, erhielt eine Lobung; empfehle die Rüte zu 85 Pf., bei Entnahme von 10 Rüten zu 80 Pf. 133  
**H. A. Treydte,**  
obere Leipzigerstraße 52a,  
vis-à-vis dem Victoria-Theater.  
1000 Paar, noch gut erhaltene  
Stiefeln u. Stiefeletten,  
Paar 2, 3 und 4 Mark.  
**Reuners Ein- u. Verkaufsgeschäft**  
44 Leipzigerstrasse 44.  
Als Klavierspieler empfiehlt sich  
Ernst Schröder, Magdeburgerstr. 42a. 83

**K. Vogt, Siebichenstein**  
empfeht sein Lager  
**aller Sorten Schuhwaren.**  
Starke Arbeitsstiefeln 7.50 Mk. 128  
**Merschburg.**  
Bringe meinen Freunden u. Genossen mein  
**Mehl- u. Viktualien-Geschäft**  
in empfehlende Erinnerung. 1847  
**Reinhold Ziesche,**  
Rohmarkt 10.

**Alle Arten Schuhwaren**  
empfeht als prächtige Konfirmations-Geschenke  
**A. Vogel, Schuhmacherstr., Steinweg 1.**  
**Güte und Nutzen**  
in großer Auswahl zu billigsten Preisen empfiehlt  
**L. Lange, Körners Nachf., 7 Schüllershof 7.**  
Um Ferkeln zu vermeiden, bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten. 3845

**Apfelweine, süß und herb, Rhein u. Mosel, deutsche, französ. und ungar. Rotweine, sowie ung. Medjinal und Tokajer, Cherr, neblig, Malaga, Portwein, - Weiss, verschiedene Qual., Bücklinge, thür. Würstchen, Kalb-, Kuh-, Pflaumen- und Rehauer Waldschädeln 3610**  
empfeht bei folgender Preisstellung  
**E. Ebert, Leipzigerstr. 12.**

**Moritz Cahn**  
gr. Ulrichstraße 4 HALLE a. S. im Neuen Theater.  
Mein großes Lager  
**eleganter Herren- u. Knaben-Garderobe**  
empfehle ich zu den billigsten Preisen. Sämtliche Sachen sind nach neuestem Schnitt, von reellen Stoffen und dauerhaft gearbeitet.  
In sehr großer Auswahl halte stets vorrätig:  
**Jackett-Anzüge**  
in allen Farben, neueste Muster von 15 Mk. an.  
**Rock- und Jackett-Anzüge**  
in Kammgarn, beliebteste Dessins, von 25 Mk. an.  
**Sommer-Paletots und Schuwaloffs**  
in allen Farben von 11.50 Mk. an bis zu den elegantesten.  
**Spezialität: Knaben-Anzüge**  
schönste Jacson, nur gute Stoffe von 4 Mk. an bis zu den feinsten.  
**Grosses Stofflager für Anfertigung nach Mass.**  
Garantie für guten Sitz. Billige Preise.

**Pa. Hamburg. Schmalz** à Pfund 45 Pf.  
**Pa. Bratenschmalz** à Pfund 48 Pfennig.  
**ff. Hohl. Heringe** 7 Stück 10 Pfennig.  
Mar. Heringe à Stück 10 Pf.  
H. Sauertohl 2 Pf. 15 Pf.  
Prima Saure, Senf- und Pfeffer-Surten.  
Nieren-Bücklinge 3 Stück 10 Pf. 118  
empfeht  
**Franz Mohs, Gerrenstraße 20.**  
Bringe mein garantiert reines  
**Roggenbrot**  
in empfehlende Erinnerung 7 Stück 3 Mk. 3 1/2, Stück 1.50 Mk durch mein Geschäft frei Haus. 3775  
**Richard Steinmetz, Bädermeister, Turm u. Streiberstr. 62d.**  
**Gute Speisepartoffeln**  
5 Liter und 10 Liter, Camentartoffeln, frisch blau, Weißbrot, Magnum bonum. 131  
**A. Krahl, Streiberstr. 6.**  
Ein Mitgliederverzeichnis, Vorkaufstafeln, sowie einige sehr hübsche Piecen für gemischten Chor, billig zu verkaufen bei  
**M. Zimmerer, Teilschloßstraße 21.** 127

Redaktion von Rich. Zille, Verlag von Aug. Grob, Deud der halle'schen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.), sämtlich in Halle a. S.